

Am 24. März vor 20 Jahren

Vor 20 Jahren starteten NATO-Bomber den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg auf Jugoslawien. Vorbereitet durch eine ungeheure Kriegspropaganda beteiligten sich deutsche Bomber an den grundgesetzwidrigen und völkerrechtswidrigen Angriffen. Es gab kein UN-Mandat und die Bundesrepublik wurde auch von niemandem angegriffen.

Wenige Jahrzehnte nach dem 2. Weltkrieg war es die damalige SPD/GRÜNEN-Regierung mit Unterstützung von CDU/CSU und FDP im Bundestag, die das Aggressionsverbrechen beging. Nur die Fraktion von Gregor Gysi (PDS/LINKE) stimmte im Bundestag geschlossen gegen den Krieg. Im NATO-Bombenhagel u. a. auf zahlreiche zivile Einrichtungen starben mehr als 2000 jugoslawische Zivilisten, darunter etwa 700 Kinder. Durch den Einsatz großer Mengen uranhaltiger Geschosse sind große Regionen Jahrtausende lang radioaktiv verseucht.

Kasse machen zu Lasten der Steuerzahler

Es ist ungeheuerlich, wie sich die Industrie und Beratungsfirmen bereichern, während in vielen sozialen Bereichen das Geld für dringend benötigte Reformen fehlt. Firmen halten ihre Taschen auf und die Regierungen schaufeln das Geld dort hinein.

Beispiel 1: Jetzt wurde bekannt, dass Beratungsfirmen im Rahmen der HSH-Nordbank-Pleite 307 Millionen Euro kassiert haben. Der Anteil für den Landeshaushalt von Schleswig-Holstein beträgt dabei 67 Millionen Euro.

Beispiel 2: Reeder Bertram Rickmers legte 2017 eine spektakuläre Pleite hin. Kredite konnte er an die HSH-Nordbank nicht zurückzahlen. Die Steuerzahler sind die Gelackmeierten. Jetzt ist er wieder im Geschäft und lässt – unter neuer Firmierung – wieder Schiffe bauen. In China.

Beispiel 3: 12,4 Milliarden Euro (12.400.000.000,- Euro) teurer geworden sind verschiedene Rüstungsgüter, die die Bundesregierung in Auftrag gegeben hat. „Preisgleitklausel“ heißt das Zauberwort. Die Rüstungsfirma bietet „günstig“ an, um den Zuschlag zu bekommen und kassiert dann mit Hilfe dieser Vertragsklausel kräftig ab. Und die Verteidigungsministerin von der Leyen (CDU) zahlt.

Beispiel 4: Die Firma Airbus wird 2021 die Produktion des A 380 einstellen. Erhalten hatte sie bei Projektbeginn im Jahr 2002 von der Bundesregierung einen Kredit von fast 1 Milliarde Euro. Mit jeder Auslieferung eines Flugzeuges wurde ein Teil des Kredites getilgt. Übrig sind jetzt noch mehr als 600 Millionen Euro.

Diese will Airbus nicht zurückzahlen. Nach Meinung des Chefs Tom Enders handelt es sich um Risikokapital der Regierung, das verloren ist. Die Regierung kann (oder will?) zurzeit nichts dazu sagen. Offenbar sind auch hier unklare Verträge geschlossen worden.

Schulstreik für konkrete Maßnahmen gegen Umweltzerstörung

Fridays for future – Freitage für die Zukunft

Im Herbst 2018 hat die Schülerin Greta Thunberg aus Schweden eine Bewegung in Gang gesetzt, damit mehr für den Klimaschutz getan wird. Greta ist 16 Jahre alt und leistet ihren Beitrag zum Klimaschutz: Sie fliegt nicht mehr mit dem Flugzeug und spart möglichst viel Strom. Aber Greta hat auch erkannt: Wir alle und insbesondere Politikerinnen und Politiker müssen viel mehr für den Klimaschutz tun, damit auch nachfolgende Generationen eine lebenswerte Umwelt vorfinden.

Nach den Sommerferien 2018 stellte sich Greta ganz allein mit einem großen Plakat vor das schwedische Parlament in Stockholm. Auf dem Plakat stand „Skolstrejk för klimatet“, auf deutsch: **Schulstreik für das Klima.**

Mit ihrer standhaften Aktion inspirierte Greta auch andere Schüler(innen), zunächst in Stockholm und Schweden und dann



Herbert Flick
Ausschuss f. Kultur
Schule und Sport

in vielen anderen europäischen Ländern sich für den Klimaschutz zu engagieren und am Freitag während der Schulzeit für dieses Ziel zu streiken. Allen denen, die den engagierten Kindern und Jugendlichen vorwerfen, sie wollten doch nur die Schule schwänzen, entgegnet



Mit ihrer standhaften Aktion inspirierte Greta auch andere Schüler(innen), zunächst in Stockholm und Schweden und dann in vielen anderen europäischen Ländern. Die jungen Menschen engagieren sich für den Klimaschutz und streiken am Freitag während der Schulzeit für dieses Ziel und damit für eine lebenswerte Zukunft.

Greta: „Ich frage mich, welchen Sinn es hat, in der Schule für eine Zukunft zu lernen, wenn es diese Zukunft wegen der Umweltschäden bald nicht mehr gibt. Deswegen ist mir der Streik wichtiger als Schule.“

Wer am Freitag für den Klimaschutz demonstriert, begeht eine (Schul-)Pflichtverletzung, auf das die Schulleitungen in unterschiedlicher Weise reagieren, weil sie in einem Dilemma stecken. Schulen sollen gesellschaftliches Engagement im Allgemeinen und für den Umweltschutz im Speziellen im Unterricht aufgreifen und unterstützen. Das Demonstrationsrecht gehört in der Bun-

desrepublik Deutschland zu den Grundrechten (Art. 8 GG). Ein Schulleiter aus Elmshorn formulierte: „Jetzt ist gerade ein Zeitpunkt, an dem das Leben in den Schulalltag bricht und an dem aus Theorie Praxis wird.“

Auch in Deutschland haben sich zehntausende Schülerinnen und Schüler dieser Bewegung angeschlossen und protestieren während der Unterrichtszeit unter dem Motto **Fridays for future** für den Klimaschutz. Dieser zivile Ungehorsam findet in der Öffentlichkeit eine gespaltene Resonanz: Die Leugner des Klimawandels beschimpfen die Jugendlichen; gut zwei

drittel der Bevölkerung und auch der Politiker(innen) zeigen Verständnis und Respekt für das Engagement – einige geben den Rat, die jungen Leute sollten doch in ihrer Freizeit demonstrieren. In einem Interview mit der „Süddeutschen Zeitung“ antwortet der 18-jährige Gymnasiast Jakob Blasel aus Kiel:

„Wenn nachmittags ein paar Jugendliche auf die Straße gehen und für Klimaschutz demonstrieren, interessiert das doch niemanden. Maximal ein kleiner Artikel in der Lokalpresse wäre das. Mit dem Schulstreik brechen wir bewusst Regeln, um auf unser Ziel aufmerksam

zu machen. Allerdings haben wir nichts gegen unsere Schulen und Lehrkräfte. Wir setzen uns nur über eine Regel hinweg, um zu zeigen: Klimaschutz, Kohleausstieg und Kampf gegen den Klimawandel sind uns wichtiger als unsere Bildung. Denn wofür sollen wir lernen, wenn es für uns gar keine Zukunft gibt?“

Unterstützt werden die jungen Menschen auch aus der Wissenschaft. 14000 Wissenschaftler der Initiative „**Scientists for Future**“ haben eine Petition verabschiedet. Sie halten die Forderungen der Schüler(innen) für berechtigt und gut begründet.

Städtebauliches Untersuchungsgebiet Denkmalschutz:

Ohne Moltkestraße und Waldstraße

Auf der Schlossinsel besteht erheblicher Sanierungsbedarf. Um diesen finanzieren zu können, will die Stadt Zuschüsse aus dem Sanierungsprogramm Denkmalschutz ranholen. Für Sanierungsmaßnahmen gibt es zwei Drittel Zuschüsse von Bund und Land, ein Drittel der Kosten trägt die Stadt. Im ersten Schritt soll eine Untersuchung beauftragt werden, um die Ziele, Maßnahmen und Kosten zu erarbeiten. Ursprünglich war als Sanierungsgebiet nur die Schlossinsel und der engere Bereich um den See

vorgesehen („Kleine Lösung“). Kurzfristig beschloss dann der Bauausschuss der Stadt auf Empfehlung der Landesbehörde ein erheblich größeres Gebiet untersuchen zu lassen („Große Lösung“). Dieses beinhaltete u. a. einen Teil der Moltkestraße und eine Hälfte der Waldstraße. Das endgültige Sanierungsgebiet wird zwar erst mit einem Beschluss der Stadtvertretung festgelegt, aber die Festlegung des Gebiets für die Voruntersuchung bedeutet eine erhebliche Vorentscheidung. Die BALL hatte in einem Flugblatt alle

Bewohner informiert, dass sie möglicherweise demnächst in einem städtebaulichen Sanierungsgebiet lägen: dies bringt einige Vorteile wie ggf. Steuervorteile mit sich, aber auch etliche Nachteile (Veränderungssperre, Heranziehung zu Ausgleichszahlungen, Bürokratie..). Auf der Stadtvertretung am 22.1. waren zahlreiche Anlieger erschienen und sprachen sich deutlich dagegen aus, möglicherweise demnächst in einem Sanierungsgebiet zu liegen. Letztlich beschloss eine große Mehrheit der Stadtvertretung die

Voruntersuchung für das mögliche Sanierungsgebiet wieder zu verkleinern („mittlere Lösung“): die Moltkestraße und die Waldstraße wurden wieder aus dem möglichen Sanierungsgebiet herausgenommen. Dann: In einem Schreiben mit diktatorischem Wortlaut wies die Landesbehörde den Beschluss der Stadtvertretung ohne Begründung zurück und drohte die Stadt aus dem Förderprogramm rauszuschmeißen: Die Landesbehörde wollte bestimmen, wie die Stadtvertretung zu entscheiden hat. Das wurde in der

Stadtvertretung am 26.2. u. a. von der BALL-Fraktion vehement zurückgewiesen. BALL-Stadtvretreter Klaus Kuberzig: „Die Stadtvertretung und nicht eine Landesbehörde entscheidet, wo ein Sanierungsgebiet entsteht, und wir wollen, dass die Schlossinsel saniert wird.“ Letztlich beschloss die Stadtvertretung das Sanierungsgebiet auf die Schlossinsel und die nähere Umgebung („kleine Lösung“) zu begrenzen. Den Anliegern in der Waldstraße und Moltkestraße wird durch diesen Beschluss viel Ungewissheit für die nächsten Jahre erspart, und für die Stadt wird die Sanierung der Schlossinsel keine leichte Aufgabe selbst mit den eventuellen Zuschüssen aus dem Sanierungsprogramm.

Weitere Kitaplätze erforderlich

Es hat lange gedauert, aber nun ist die neue Kita endlich in trockenen Tüchern. Die Stadtvertretung hat den Bebauungsplan für das Gelände an der Dusterlohe (B-Plan 72a) beschlossen, so dass die Architektenplanung und der Bau in Angriff genommen werden können. Und Träger der Kita wird das Unternehmen „Familienräume Karin Struckmeier GmbH“. Der Betriebsführungsvertrag mit diesem Unternehmen wurde auf der letzten Sitzung des Sozialausschusses am 15. März beschlossen. Start für die neue Kita soll zum Kindergartenjahr 2021 sein.

Bis dahin wird das gleiche Unternehmen eine Übergangslösung in der Gebrüderstrasse betreiben. Start für die dortigen zwei Krippengruppen wird zum 1. Mai 2019 sein.

Klaus Kuberzig
Vorsitzender
Ausschuss für
Jugend u. Soziales



Das sind gute Nachrichten – hat es doch sehr lange gedauert, bis sich die Fraktionen in der Stadtvertretung auf diese Lösung bzw. Standort geeinigt hatten. Ruhe kehrt jetzt aber noch lange nicht ein. Das wurde auch während der letzten Sozialausschusssitzung deutlich. Im Rahmen der Einwohnerfragestunde äußerten mehrere Eltern zu Recht ihren Unmut darüber, dass sie keinen Platz in einer Krippe oder Elementargruppe bekämen. Und wenn man sich die aktuellen Wartelisten ansieht, wird deutlich, dass das Problem der (immer noch) fehlenden Plätze mit der neuen Kita nicht gelöst ist.

Zum Zeitpunkt der Sitzung fehlten zum neuen Kita-Jahr



(01. August 2019) bereits unter Berücksichtigung der Übergangslösung 44 Krippenplätze und 49 Plätze für „Regelkinder“ (ab 3 Jahre). Nach derzeitigem Stand erhöhen sich diese Zahlen bis 2020 auf 54 Krippen- und 83 Regelplätze. Damit wird

verdeutlicht, was wir bereits in der BALL-Zeitung im April 2018 geschrieben hatten: Egal, wo die neue Kita gebaut wird, es werden durch sie nicht genügend Plätze geschaffen. Deshalb halten wir es gleichzeitig für notwendig, eine weitere Kita zu planen.

Während der letzten Sozialausschusssitzung hat die BALL diese Meinung bekräftigt und als ersten Schritt vorgeschlagen zu prüfen, ob nicht die Übergangslösung in der Gebrüderstrasse zu einer Dauerlösung werden kann.

Neues Kita-Reform-Gesetz

Im Herbst diesen Jahres will die CDU/FDP/GRÜNE-Landesregierung ein Kita-Reform-Gesetz verabschieden. Ab 1. August 2020 soll dann „viele“ anders werden.

Ein Vorhaben ist die Deckelung der Kosten auf 288,- Euro für einen Krippenplatz und 233,- Euro für einen Regelplatz – jeweils ganztags. Das ist ein kleiner Schritt. Aber die längst überfällige Beitragsfreiheit in den Kitas, wie sie in anderen Bundesländern der Fall ist, kommt in SH immer noch nicht. Wie schon die SPD/GRÜNEN-Regierung vorher bleibt es auch bei der CDU/

FDP/GRÜNEN-Koalition bei schönen Worten und Verströmungen auf die ferne Zukunft. Denn bereits im letzten Jahr hatte die Finanzministerin Heinold (Grüne) Hoffnungen von Eltern auf Beitragsfreiheit gedämpft – mit dem Verweis auf die Pleite der HSH-Nordbank und den damit einhergehenden finanziellen Verpflichtungen des Landes von mehreren Milliarden Euro.

Und auch bei der angekündigten Deckelung der Elternbeiträge mit Hilfe von Landesmitteln bleibt ein zu großer Anteil der Kita-Finanzierung weiterhin bei den Städten und Gemeinden hängen.

Ein weiteres Vorhaben im Rahmen der Reform ist die Schaffung einer „Standard-Kita“. Dieses Vorhaben wird nicht nur von der BALL kritisch gesehen. Gut ist, wenn es einheitliche Standards gibt hinsichtlich Betreuungsschlüssel, Raumgrößen, Ausstattung usw... Es muß verhindert werden, dass diese Standards zu niedrig festgeschrieben werden. Und zweitens dürfen weder Kommunen noch Träger der Einrichtungen auf den Kosten hängen bleiben, wenn diese Standards qualitativ überboten werden.

Mühlenstraße: Verkehrsberuhigung überfällig

Die Anwohnerinnen der Mühlenstraße klagen schon seit Jahren über das stetig steigende Verkehrsaufkommen in ihrer Straße. Vor allem der LKW-Verkehr – zu und von der Meierei/Käsefabrik – verursacht Lärm und Dieselausgas, und dies nicht nur innerhalb der Woche, sondern auch am Sonnabend und Sonntag. Ein weiteres Problem für die Radfahrer und für Fußgänger, wenn sie die Straße überqueren wollen, sind die oft sehr schnell fahrenden PKWs und LKWs. Durch den Ausbau der Mühlenstraße mit einem neuen Straßenbelag wird hier oft mit überhöhter Geschwindigkeit gefahren.

Am Ende der Straße, kurz vor der Einmündung in die Königsberger Straße, befindet sich ein größerer Spielplatz. Kinder aus der Mühlenstraße, aber auch aus den anderen Straßen im Einzugsbereich des Spielplatzes, müssen hier die Straße queren. Dies ist sehr

gefährlich, denn zu den sehr schnell fahrenden Kraftfahrzeugen kommt noch die teilweise Unübersichtlichkeit durch parkende PKWs hinzu, hinter denen plötzlich straßenquerende Kinder hervorkommen können. Ende Februar wurde ein Kind beim Überqueren der Straße (Höhe Spielplatz) von einem PKW angefahren. Seitdem ist

Helmut Welk
Bau- und Umwelt-
ausschuss



die Diskussion um Verkehrsberuhigungsmaßnahmen in der Mühlenstraße neu entfacht. Die Anlieger sind der Meinung, hier muss endlich was passieren. Die BALL-Fraktion unterstützt die Forderung der Anwohner und wird in der nächsten Bauausschusssitzung das Problem ansprechen und wirksame Verkehrsberuhigungsmaßnahmen fordern.



Kommunen brauchen Schuldenschnitt wie HSH-Bank

Die Stadtvertretung verabschiedete am 22.1. den Haushaltsplan 2019. Dieser sieht ein Defizit im Verwaltungshaushalt von 7.2 Mio. Euro vor. BALL-Fraktionsvorsitzender Dr. Günter Thiel erklärte u. a.: „Die sogenannten „freiwilligen“ Ausgaben – also für Jugend, Sport, Kultur, Soziales – werden seit unzähligen Jahren nicht erhöht und dadurch angesichts der Preissteigerungen real im zweistelligen Bereich gekürzt. Die Grundsteuer und die Gewerbesteuer wurden erhöht und dadurch Mieter und Eigenheimbesitzer zur Kasse gebeten. Das hat die BALL massiv kritisiert und abgelehnt. Da es seit einigen Jahren nicht genügend Kita- und Krippenplätze gab, sparte die Stadt erheblich bei den Betriebskostenzuschüssen. Alle Gebäudeunterhaltungsansätze wurden in den letzten Jahren auf einem Minimum gehalten. Der Sanie-

rungsstau zeigt sich jetzt in Millionenhöhe auf der Schlossinsel. In den Schulen sieht die Lernmittelfreiheit so aus, dass die Eltern zu den Lernmitteln mehr hinzuzahlen als die Stadt. An der Gottfried-Semper-Schule gibt es für hungrige Kinder kein Frühstück.

Dr. Günter Thiel
Fraktionsvorsitzender



Und dennoch: Die Kürzungen und Einsparungen, die Mehrbelastungen der Bürgerinnen und Bürger und die günstigen Rahmenbedingungen lösen nicht die Finanzprobleme der Stadt. Der Verwaltungshaushalt der Stadt bleibt mit einigen Millionen im Defizit – auch wenn es Ende 2019 besser aussehen wird als im Plan prognostiziert, da noch nicht das bessere Jahresergebnis

von 2018 berücksichtigt ist. Glücklicherweise hat sich im Laufe der Jahre hier in der Stadtvertretung die Erkenntnis durchgesetzt, dass es erheblicher Verbesserungen in der Finanzausstattung der Kommunen und zumindest der finanzschwachen Kommunen bedarf. Die Stadt Barmstedt kann mit dem eigenen Steueraufkommen und den vom Land zugewiesenen Steuern und Zuweisungen nicht die ihr zugewiesenen Aufgaben erfüllen ohne ins Defizit zu geraten, geschweige denn Überschüsse für Investitionen zu erwirtschaften. Die BALL ist der Auffassung, dass besonders finanzschwache Kommunen einen Schuldenschnitt zumindest für die kumulierten Defizite im Verwaltungshaushalt benötigen.

Dies ist möglich, wenn die Bereitschaft zur Unterstützung der Kommunen in der CDU/FDP/GRÜNEN-Koalition so ausge-

prägt wäre wie bei anderen Gelegenheiten. Was stand doch in der „BZ“ am 12.1.2019: „Land tilgt HSH-Schulden“. Jetzt ging es um 2.95 Mrd., am Ende insgesamt um 5.5 – 7 Milliarden Euro. Barmstedt ist überschlägig berechnet mit rd. 25 Millionen Euro dabei.

Im Vermögenshaushalt der Stadt, aber auch an verschiedenen Ansätzen im Verwaltungshaushalt sind Projekte und Investitionen berücksichtigt, für die nicht zuletzt auch die BALL sich seit langem eingesetzt hat: so der Neubau der Stadtbücherei, die neue Kindertagesstätte mit der Übergangslösung, die Modernisierung der AWO-Kita Wasserläufer, die Flüchtlingsunterbringung, der Neubau der Feuerwache, die Sohlgleite, die Medienausstattung in den Schulen, die Sanierungsmaßnahmen in den Schulen und auf der Schlossinsel. Um diese

wichtigen Projekte auf den Weg zu bringen, werden wir dem Haushalt letztlich zustimmen

trotz unserer grundlegenden Kritik und etlicher abgelehnter Einzelpunkte.“

Stadtvertretung fordert mehr Landesmittel

Zur Haushaltsberatung am 22.1. brachte die BALL-Fraktion eine Entschliebung in die Stadtvertretung ein mit diesen drei Forderungen: „Bei der anstehenden Änderung des kommunalen Finanzausgleichs erwartet die Stadtvertretung der Stadt Barmstedt, dass ■ über den kommunalen Finanzausgleich die Gemeinden so viele Steueranteile und Zuweisungen erhalten, dass sie ihre Aufgaben in freier Selbstverwaltung erfüllen können ■ für Aufgaben, die von den Gemeinden aufgrund von Beschlüs-

sen und Gesetzen des Bundes oder des Landes zu übernehmen sind, die Gemeinden eine volle Kostenerstattung erhalten ■ besonders finanzschwache Kommunen einen Schuldenschnitt zumindest für die kumulierten Defizite im Verwaltungshaushalt erhalten.“

Mit von der FWB eingebrachten kleinen Änderungen wurden diese an den Landtag gerichteten zentralen Forderungen dann auf der Stadtvertreterversammlung am 26.2.19 einstimmig beschlossen.